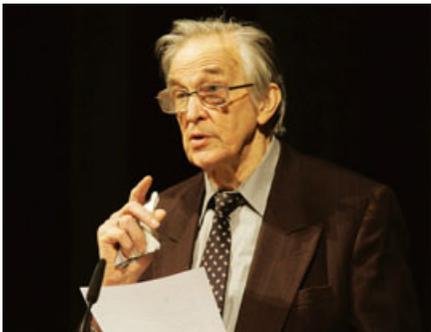


WIEDERVEREINIGUNG I

Verrat an der DDR

Auch in Russland wird des Berliner Mauerfalls vor 20 Jahren gedacht – aber nicht immer mit wohlwollenden Worten. Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow habe keinerlei Ideen gehabt, wie es nach Öffnung der Grenzen mit Deutschland weitergehen könne, beklagte der frühere Außenpolitiker Walentin Falin, 83, jetzt in Moskau. Wie denn auch: Er habe „ja nicht mal für die Entwicklung des eigenen Landes ein Programm besessen“. Germanist Falin, einst Redenschreiber von Parteichef Chruschtschow und Berater von Außenminister Gromyko, war von 1971 bis 1978 Botschafter in Bonn, bis zum Zusammenbruch der UdSSR leitete er die Internationale Abteilung des ZK der KPdSU. Sein größter Vorwurf: Gorbatschow habe die DDR 1990 für ein Butterbrot weggegeben. „124 Milliarden Mark“ – diese Zahl sei unter Kanzler Erhard als Lohn für die Freigabe der DDR genannt worden. Anfang der achtziger Jahre seien noch 100 Milliarden im Spiel gewesen – „dafür, dass wir die DDR aus dem Warschauer Vertrag entlassen und sie einen neutralen Status



Falin

wie Österreich“ erhält. Gorbatschow aber habe sich mit Kleingeld begnügt und nicht mal das durchaus Mögliche durchgesetzt: „dass die Nato auf eine Osterweiterung verzichtet“. Er, Falin, habe sich deswegen geweigert, die Abmachungen mit Bonn dem Parlament zur Ratifizierung vorzulegen: „Das war eine Variante des Münchner Abkommens, wir haben über den Kopf der DDR hinweg alles ausgehandelt, wir haben dieses Land verraten.“ Auch auf die Frage, warum der Kremlchef damals so gehandelt habe, weiß Falin eine Antwort: „Er hat nicht das Land gerettet, sondern nur seine eigene Position.“ Als die Sowjetunion zerfiel, habe er sogar gehofft, „nomineller Präsident des Landes bleiben zu können – mochten Jelzin & Co. doch machen, was sie wollen“.



PIRATEN

Jagdsaison vor den Seychellen

Bundeswehraktion gegen Seeräuber

Nach dem Ende der Monsunzeit nimmt die Zahl der Piratenattacken im Indischen Ozean wieder zu. Und weil immer mehr Kriegsschiffe um das Horn von Afrika patrouillieren, schlagen die somalischen Seeräuber jetzt fast ausschließlich auf hoher See vor den Seychellen zu – bis zu 1100 Kilometer von ihrer eigenen Küste entfernt. Noch eben in der Reichweite der Militärs waren jene sieben Piraten in zwei Motorbooten, die am Dienstag vergangener Woche einen französischen Fischtrawler angriffen – knapp 650 Kilometer weit draußen. Soldaten an Bord des Kutters gaben daraufhin Warnschüsse ab, die Seeräuber flohen, wurden aber von einem spanischen Helikopter gejagt und schließlich von einem Beiboot der deut-

schen Fregatte „Karlsruhe“ gestellt. Am Freitag vergangener Woche liefen noch Verhandlungen, was nun mit den Gefangenen geschehen soll. Die meisten festgenommenen Piraten wurden bislang der kenianischen Justiz übergeben. Deutlich weiter draußen, in der Nähe der Seychellen, hatten andere Piraten kurz zuvor die britische Segelyacht „Lynn Rival“ überfallen. Sie brachten das Eigner-Ehepaar auf ein Frachtschiff, das schon am 15. Oktober entführt worden war und nun in der Nähe der Piratenhochburg Harardhere ankert. Freitagabend forderten somalische Piraten sieben Millionen Dollar Lösegeld für die Freilassung des Ehepaars. Ebenfalls weit östlich vor Somalias Küste kapernten Seeräuber in den vergangenen Ta-

ISRAEL

Gesäuberte Bücher

Die rechtsnationale Regierung von Premier Benjamin Netanjahu setzt ihren Hardliner-Kurs gegenüber den Palästinensern nun auch in der Schulpolitik durch. Liberale Reformen der Vorgängerregierung werden Schritt für Schritt zurückgenommen. So ordnete Erziehungsminister Gideon Saar an, sämtliche Ausgaben eines Geschichtsbuches für Gymnasien aus den Buchläden zurückzurufen. Darin war unter anderem die Vertreibung von Palästinensern im israelisch-arabischen Krieg von 1948 als „ethnische Säuberung“ bezeichnet worden. Ebenfalls verboten wurde ein Buch für arabische Grundschüler, das die Vertreibung von 1948 mit dem palästinensischen Ausdruck „Nakba“ (Katastrophe) beschreibt. „Sicherlich ist das, was israelische Araber während des Unabhängigkeitskrieges 1948 erlebten, eine

Tragödie“, sagt Saar. „Aber die Gründung des Staates Israels kann man nicht eine Katastrophe nennen.“ Erwogen wird nun auch, Landkarten zu ändern, auf denen die sogenannte grüne Linie zwischen Kern-Israel und den besetzten Gebieten eingezeichnet ist. Damit würde die Regierung in Jerusalem genau das tun, was sie den Palästinensern vorwirft. Auf deren Karten ist vom Mittelmeer zum Jordan-Fluss auch nur ein Staat eingezeichnet: Groß-Palästina.



Palästinensische Flüchtlinge 1948